



# luczak@bundestag

Ihr CDU-Bundestagsabgeordneter  
für Tempelhof-Schöneberg informiert  
Ausgabe 1/2010



## Dr. Jan-Marco Luczak

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter der CDU  
für Tempelhof-Schöneberg

Ordentliches Mitglied im  
Rechtsausschuss und im  
Unterausschuss Europarecht  
Stellvertretendes Mitglied im  
Innenausschuss

### So erreichen Sie mich:

Dr. Jan-Marco Luczak MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 71878  
Fax: 030 - 227 76978  
jan-marco.luczak@bundestag.de

[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

## Newsletter

Abonnieren Sie den Newsletter  
von Dr. Jan-Marco Luczak –  
schicken Sie eine E-Mail an:  
[jan-marco.luczak@bundestag.de](mailto:jan-marco.luczak@bundestag.de)

## Zitat des Monats

*„Es ist höchste Zeit, den Silberschatz  
des Alters zu heben und nicht immer  
nur zu fragen, wie wir das alte Eisen  
entsorgen können.“*

Bundesarbeitsministerin Ursula  
von der Leyen zum Erfahrungsschatz  
älterer Arbeitnehmer.

### HAUSHALTPOLITIK

## Rettungspaket für Griechenland

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
der Deutsche Bundestag hat mit den  
Stimmen von CDU/CSU, FDP und Grü-  
nen entschieden, ein Rettungspaket  
für Griechenland zu schnüren. Es sieht  
Kredite der staatseigenen Kreditanstalt  
für Wiederaufbau (KfW) von bis zu 22,4  
Mrd. Euro bis Ende 2012 vor, für die  
der Bund bürgt. Insgesamt erhält Grie-  
chenland bis 2012 Kredite bis zu 110  
Mrd. Euro, wovon auf die Euro-Staaten  
80 Mrd., auf den Internationalen Wäh-  
rungsfonds (IWF) 30 Mrd. entfallen.

Auch ich habe dem Rettungspaket zu-  
gestimmt. Diese Entscheidung ist mir  
nicht leicht gefallen. In den Tagen zu-  
vor haben wir in der Fraktion und den  
Gremien des Bundestages intensiv und  
kontrovers über den richtigen Weg  
diskutiert. Auch ich habe viele Zweifel  
gehabt. Am Ende waren vier Dinge für  
meine Zustimmung entscheidend:

**Das Rettungspaket ist notwendig,  
um den Bestand und Zukunft der Eu-  
ropäischen Union zu sichern.** Ohne  
Kredite wäre es zu unkalkulierbaren  
Auswirkungen auf die gesamte Eurozo-  
ne gekommen – die Stabilität unserer  
Währung wäre nachhaltig gestört und  
andere Länder mit in den Strudel ge-  
rissen worden. Davon wären auch wir  
in Deutschland unmittelbar betroffen  
gewesen.

**Griechenland hat nach den Vorgaben  
von IWF, EU-Kommission und Euro-  
päischer Zentralbank ein rigores  
Spar- und Sanierungsprogramm be-  
schlossen.** Die Kredite an Griechenland  
werden nur gewährt, wenn die Ver-



pflichtungen dieses Programms strikt  
eingehalten werden. Damit kehrt Grie-  
chenland zurück zu einer soliden und  
stabilen Haushaltspolitik und lebt nicht  
mehr – auf Kosten anderer – über seine  
Verhältnisse.

**Auch die deutschen Banken und Ver-  
sicherer tragen zur Überwindung der  
Krise bei** – sie beteiligen sich mit acht  
Mrd. Euro an der finanziellen Stabilisie-  
rung Griechenlands.

**Die Finanzmärkte werden stärker re-  
guliert, um zukünftige Spekulationen  
zu verhindern.** Neben der Einführung  
einer Bankenabgabe und der Schaffung  
einer europäischen Ratingagentur ver-  
bieten wir bestimmte Finanzprodukte.  
Ich weiß, dass diese Entscheidung nicht  
populär ist. Dennoch zuzustimmen, er-  
fordert Haltung. Eine Enthaltung – wie  
es die SPD-Fraktion getan hat – kam  
für mich nicht in Frage. Diese Entsch-  
eidung hat enorme Tragweite nicht nur  
für Griechenland, sondern für alle Bür-  
ger unseres Landes und Europas. Ich bin  
überzeugt, dass wir sie richtig getroffen  
haben.

Herzliche Grüße,  
Ihr Dr. Jan-Marco Luczak



## Luczak vor Ort

### ■ Mitgliederversammlung CDU Lichtenrade

Di, 25. Mai, 19.30 Uhr  
Restaurant „Reisel“, Alt-Lichtenrade 83, 12309 Berlin

### ■ Dr. Jan-Marco Luczak zu Gast beim Stammtisch Lichtenrade

Do, 27. Mai, 19.00 Uhr  
Gaststätte „Seinerzeit“, Bahnhofstr. 39, 12305 Berlin

### ■ Dr. Jan-Marco Luczak beim Bahnhofstraßenfest in Lichtenrade

Sa, 29. Mai, 16.00 - 19.00 Uhr

### ■ Bürgersprechstunde Dr. Jan-Marco Luczak

Di, 8. Juni, 18.00 - 19.00 Uhr  
CDU-Kreisgeschäftsstelle, Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin

### ■ Dr. Jan-Marco Luczak läuft die Lichtenrader Meile – Mitläufer sind herzlich willkommen!

So, 13. Juni, 9.30 Uhr  
Freizeitpark Marienfelde, Parkplatz Werzalith

## Kurz notiert

■ **Ferienjobs freigestellt.** Jugendliche aus Hartz-IV-Familien können sich freuen: Ihr in den Schulferien durch Ferienjobs verdientes Geld können sie bis zu einem Betrag von 1.200 Euro behalten. Der Ferienverdienst wird nicht mehr wie bisher mit den Bezügen der Eltern verrechnet.

■ **Kurzarbeitergeld verlängert.** Die christlich-liberale Koalition hat das Kurzarbeitergeld um 15 Monate bis März 2012 verlängert. Damit sollen die Unternehmen, die immer noch unter der Wirtschafts- und Finanzkrise leiden, schon heute Planungssicherheit bis über das nächste Jahr hinaus bekommen und ihre Belegschaft halten können.

■ **Schnelle Hilfe.** Jeder Empfänger von Hartz-IV-Leistungen unter 25 Jahren soll innerhalb von sechs Wochen ein Angebot für eine Arbeitsstelle oder eine Fortbildung erhalten. Rund 200.000 junge Leute leben heute von staatlicher Unterstützung. Ihnen soll geholfen werden – mittels Hilfe zur Eigenverantwortung.

## MIETRECHT

# Soziale Ausgewogenheit wahren

Der Berliner Bundestagsabgeordnete und Mietrechtsexperte Dr. Jan-Marco Luczak (CDU) hat sich dafür stark gemacht, dass Mieter bei langjährigen Mietverhältnissen nicht innerhalb von drei Monaten ihre Wohnung räumen müssen. Derzeit verlängert sich die Kündigungsfrist für den Vermieter nach fünf bzw. acht Jahren Mietdauer zwingend auf sechs bzw. neun Monate. Für den Mieter verbleibt es dagegen bei der dreimonatigen Kündigungsfrist. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP sieht eine Angleichung der Kündigungsfristen vor. Luczak: „Wir machen keine Klientelpolitik zugunsten der Vermieter. **Für eine Angleichung der Kündigungsfristen von Mietern und Vermietern sehe ich keinen Bedarf.** Die derzeitige Rechtslage ist angemessen, weil Mieter nach vielen Jahren in der Regel in ihrem sozialen Umfeld verwurzelt sind.“

Luczak sprach sich zudem dafür aus, dass – anders als im Koalitionsvertrag vorgesehen – **Mieter bei energetischen Sanierungen nicht im vollem Umfang ihr Mietminderungsrecht verlieren.** Zwar sei Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich auch die Mieter beteiligen müssten. Das „vertragliche Gleichgewicht“ müsse aber in jedem Fall gewahrt bleiben. In Betracht komme z.B. das Minderungsrecht nur für eine bestimmte Zeit auszuschließen. Ebenfalls fordert der Mietrechtsexperte einen **besseren Schutz von Vermietern gegen Mietnomaden.** „Vermieter müssen schnell reagieren können, wenn sie es mit Mietnomaden zu tun haben. Es kann nicht sein, dass kriminelle Mieter es in der Hand haben, ihren Rauswurf um bis zu zwei Jahre zu verzögern. Dem werden wir einen Riegel vorschieben.“ ■

## GEWALT GEGEN POLIZISTEN

# Union fordert schärfere Strafen

Auch in diesem Jahr ist der 1. Mai nicht gewaltfrei geblieben – erneut gab es brutale Angriffe auf Einsatzkräfte. 98 Polizeibeamte wurden verletzt, einer sogar schwer. Noch im vorigen Jahr war die Deeskalationsstrategie des rot-roten Senats vollkommen gescheitert: Die Polizei wurde mit ihrem Konzept der „ausgestreckten Hand“ vom plötzlichen Gewaltausbruch der Linksautonomen überrascht – Folge waren 479 verletzte Polizisten und so viele Festnahmen wie seit Jahren nicht mehr. Von Seiten der Polizei hieß es damals, man sei politisch „zum Steinigen freigegeben worden“. Die Kritik der CDU hat nun Wirkung gezeigt: Die im Vergleich zu 2009 deutlich größere Zahl von Einsatzkräften, die Androhung des Einsatzes von Wasserwerfern und das – von der CDU wiederholt angemahnte – schnelle und kompromisslose Vorgehen gegen Straftäter haben dieses Jahr zum Eindämmen des Gewaltpotentials beigetragen.



CDU/CSU drängen aber weiter darauf, die immer brutaler werdenden Übergriffe gegen Polizeibeamte härter zu bestrafen. Dazu sagte Dr. Jan-Marco Luczak: „Die Gewalt gegenüber Polizisten als Repräsentanten des Staates hat quantitativ und qualitativ zugenommen. Von täglichen Beleidigungen und Beschimpfungen bis hin zu immer rücksichtsloser werdenden, teilweise geplanten Angriffen reicht das Spektrum der Taten. Das können wir nicht hinnehmen – ein Rechtsstaat muss wehrhaft sein.“ Er begrüßte daher die Bundesratsinitiative der Länder Bayern und Sachsen, den § 113 des Strafgesetzbuches zu verschärfen. ■